



bne – Hackescher Markt 4 – D-10178 Berlin

An das Bundesministerium der
Finanzen
Herr Bundesminister Olaf Scholz

UND

An das Bundesministerium für
Wirtschaft und Energie
Herr Bundesminister Peter Altmaier

UND

An das Bundesministerium für Umwelt,
Naturschutz und nukleare Sicherheit
Frau Bundesministerin Svenja Schulze

UND

An die stellv. Fraktionsvorsitzenden
Hr. Dr. Linnemann MdB, Hr. Jung MdB,
Hr. Dr. Nüßlein MdB, Hr. Dr. Miersch MdB,
Hr. Post MdB (Minden)

per Email an ministerbuero@bmwi.bund.de
per Email an ministerbuero@bmf.bund.de
per Email an ministerbuero@bmu.bund.de

Seite 1 von 2

Berlin, den 11. September 2020

(Aktualisierte Unterzeichnerliste: 29.09.2020)

Offener Brief | Vor-Ort-Kommunen an den Einnahmen von Photovoltaik-Freiflächenanlagen finanziell beteiligen

Sehr geehrte Frau Ministerin Schulze, sehr geehrter Herr Minister Altmaier, sehr geehrter Herr Minister Scholz,
sehr geehrte stellv. Fraktionsvorsitzende Herr Jung, Herr Dr. Linnemann, Herr Dr. Miersch, Herr Dr. Nüßlein, Herr Post,

Photovoltaikfreiflächenanlagen haben sich in letzten Jahren zu einer der günstigsten Stromerzeugungsformen entwickelt. Die Kosten fallen weiter. Das Interesse der Wirtschaft an der Belieferung aus großen Solarstromanlagen nimmt stetig zu. Zugleich werden Photovoltaikfreiflächenanlagen in großem Stil benötigt, damit die Energie- und Klimaziele erreicht werden können.

Aus Sicht der unterzeichnenden Unternehmen bieten Photovoltaikfreiflächenanlagen neben den ökologischen Vorteilen für Kommunen und ländliche Regionen auch große ökonomische Chancen. Es ist uns sehr wichtig, dass diese Chancen auch genutzt werden. Der Koalitionsvertrag bietet hierzu mit folgender Aussage eine gute Grundlage:

„durch eine bundeseinheitliche Regelung beim weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien (EE) die Standortgemeinden stärker an der Wertschöpfung von EE-Anlagen beteiligen und die Möglichkeiten einer Projektbeteiligung von Bürgerinnen und Bürgern verbessern, ohne dass dies insgesamt zu Kostensteigerungen beim EE-Ausbau führt.“

Dadurch bekommen Kommunen mehr Spielräume für wichtige Investitionen, sei es in Kindergärten, Schulen oder bei der Feuerwehr bzw. eine Kompensation für pandemiebedingte Ausfälle.

Effektive finanzielle Vorteile für Kommunen zu schaffen, ist uns heute nur sehr begrenzt möglich. Die aktuelle Ausgestaltung der Gewerbesteuer führt zu oft dazu, dass Standortkommunen leer ausgehen oder erst sehr spät Zahlungen erhalten. Freiwillige Zahlungen an Kommunen stoßen wiederum auf rechtliche Probleme.

Die unterzeichnenden Unternehmen appellieren daher an die Politik, den Rechtsrahmen so zu gestalten, dass Zahlungen aus Photovoltaikfreiflächenanlagen künftig transparent und rechtssicher an Kommunen geleistet werden dürfen bzw. müssen. Dies könnte über eine novellierte Gewerbesteuer und/oder über weitere Instrumente wie z.B. einer Außenbereichsabgabe oder einer angepassten Konzessionsabgabe geschehen. Auch ein Modell, wie es im Wirtschaftsministerium für die Windenergie geplant ist, wäre zumindest für EEG geförderte Anlagen denkbar, reicht allerdings alleine nicht aus. Für förderfreie PPA-Anlagen braucht es andere Instrumentarien.

Wir appellieren daher, dass die Große Koalition ihre Ankündigung im Koalitionsvertrag umsetzt, indem eine bundeseinheitliche Regelung für alle Erneuerbare Energien (nicht nur die Windenergie und nicht nur geförderte Anlagen) angekündigt wird, die bereits im Kontext der aktuellen EEG-Novelle umgesetzt werden könnte.

Wir bauen dabei auf Ihre persönliche Unterstützung und stehen für Rückfragen jederzeit zu Ihrer Verfügung.

Mit besten Grüßen,
Die Geschäftsführungen der Unternehmen

ASG Engineering GmbH

solar-konzept GmbH

AVANTAG Energy® s.à r.l.

Solarpraxis AG

BayWa r.e. renewable energy GmbH

Solarpraxis Engineering GmbH

Enerparc AG

Trianel Energieprojekte GmbH & Co. KG

juwi AG

UmweltProjekt AG

LichtBlick SE

Vattenfall GmbH

MaxSolar GmbH

Vestaxx GmbH

maxx-solar & energie GmbH & Co. KG

Wattner AG

pv project Deutschland GmbH

Wattmanufactur GmbH & Co. KG

Diese Unternehmensinitiative wird unterstützt durch
den Bundesverband Neue Energiewirtschaft e.V.